

Freie Liste: Unna braucht dringend sozialen Wohnraum – Stadt muss aktiv werden

Geschrieben von Silvia Rinke am 12. November 2015 in Politik+Gesellschaft, Tagesthema, Wirtschaft+Handel

In Unna eine **bezahlbare** – und dazu dann möglicherweise noch **familientaugliche** – Wohnung zu finden gleicht meist der Suche nach der Stecknadel im Heuhaufen. Das musste jüngst eine alleinerziehende junge Mutter erfahren, die sich in ihrer Verzweiflung an uns wandte (wir berichteten), und **damit ist sie nicht allein**. Erschreckend viele Leserinnen und Leser schilderten ähnlich frustrierende Erlebnisse. Vor allem der direkte Innenstadtbereich ist weitgehend abgegrast, hier herrscht vor allem eklatanter Mangel an (preiswerten) großen (ab 4 Zimmer) und Kleinwohnungen. Bei der UKBS (kommunalem Wohnungsunternehmen mit tausendfachem Bestand) bestehen ebenfalls Wartelisten.

Die **Freie Liste Unna** hat zu dem Thema jetzt einen **Antrag** formuliert: **Möglichst umgehend sei in Unna neuer Wohnraum zu schaffen, und zwar gezielt für zahlungsschwächere Mieter.**

Denn: Der **Flüchtlingsstrom** nach NRW werde weiter anhalten. „Und sehr viele dieser Menschen werden dauerhaft bei uns bleiben. Den Flüchtlingsfamilien, aber natürlich **auch den weniger finanzstarken deutschen Familien**, muss bedarfsgerechter Wohnraum gegen möglichst geringe Mietzahlung angeboten werden“, schreibt die FLU in ihrem Antrag.

Was kann konkret die Stadt tun? Sie kann – soll, fordert die FLU – **eigene städtische Grundstücke und ungenutzte Liegenschaften** auf Wohnbautauglichkeit untersuchen. Sozialer Wohnungsbau also statt hochpreisiger Grundstücke, die die Stadtkasse lukrativ füllen. Dafür könne die Stadt die entsprechenden Grundstücke auch **gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften** zur Verfügung stellen.

Die FLU beantragt also, dass die Stadt auf Grundstückssuche geht und vielleicht schon klärende Sondierungsgespräche mit Wohnungsbaugesellschaften führt.



Der frühere Sportplatz Hertinger Tor ist eine der städtischen Liegenschaften, die u. a. für Wohnbebauung vorgesehen ist (und für eine neue Kita). Die Politik hat verschiedene Vorstellungen, wie das Gelände zu bebauen ist. Eine davon geht in Richtung sozialer Wohnungsbau – zumindest auf einem Teil der Fläche.